

„Lichterglanz statt Dunkeldeutschland!“

Das wäre es, womit die Regierung Kretschmer den Sachsen eine Freude im Advent machen könnte. Doch weit gefehlt! Mit dem zwanghaften Fokus auf Flatterstrom aus Windrädern und Solaranlagen brechen dunkle Zeiten an. Dabei gibt es eine einfache Lösung: Versorgungssicherheit mit Kernenergie, wie von der AfD-Fraktion mehrfach gefordert (7/5414). Um auf das energiepolitische Versagen der Regierung hinzuweisen, wird unsere Fraktion nun in den nächsten Wochen ganz Sachsen unzählige „Lichterglanz“-Plakate, Zeitungsanzeigen und Werbebanner schenken!

Denn: Wir Sachsen, wir sind helle! Lasst uns deshalb Energieregion bleiben.

Gesegnete Weihnachten!

Ihr Timo Schreyer, MdL



Schon vor mehreren Jahren stellte ich die These auf, dass die gesamte Klimadiskussion lediglich zur Einführung sozialistischer Verhältnisse mit all seinen Segnungen wie Unfreiheit, Meinungsdictat, Verelendung des Volkes, Zerstörung der Wirtschaft und der Umwelt, dient. Dieser Weg wurde seit Jahren auch durch die CDU konsequent beschritten und die jetzige sozialistisch/kommunistische Regierung hat bei dieser Entwicklung noch einmal den Turbo eingeschaltet.

Am 24.11.2022 verabschiedete eine Mehrheit des Bundestages ein neues Energiesicherungsgesetz mit dem die Voraussetzung geschaffen wurde, Enteignungen von privaten Unternehmen noch leichter, rechtssicher durchzuführen.

Nachdem im Fall des größten Gasversorgers Uniper der Weg gegangen wurde, durch eine desaströse Energiepolitik und einen von der EU im Auftrag der USA angezettelten Wirtschaftskrieg gegen unseren Hauptrohstofflieferanten, diese erst an den Rand der Pleite zu treiben, um sie dann zu übernehmen, legt man nun Hand an das Privateigentum. Am 11.11.2022 erwähnte der Wirtschaftszerstörungsminister das erste Mal, dass dieses Gesetz vor allem dazu dienen soll, die übriggebliebenen Rohre von Nord Stream II zu enteignen. Während er noch von „möglicherweise“ sprach, wir alle wissen, dass Sozialisten, egal ob sie braun, rot oder bunt sind, von jeder Möglichkeit Gebrauch machen, ihre kranke und menschenverachtende Ideologie durchzusetzen, wurde Herr Bergt von der SPD

AfD | Karsten Hilse

UNGEHEUERLICH!
Bundesregierung will
per Enteignung eine
mögliche Reparatur von
Nord Stream verhindern!

konkreter. Zitat: „Diese Rohre müssen wir mit der Änderung des Energiesicherungsgesetzes in irgendeiner Weise schaffen, in unseren Besitz zu bringen.“ Zitatende. Vornehmlich sollen die Rohre für die Flüssiggasterminals verwendet werden, die in Windeseile und unter Umgehung üblicher Genehmigungsverfahren gebaut wurden. Eines der Hauptziele ist aber offensichtlich, eine mögliche Reparatur von Nord Stream II zu verunmöglichen. Nachdem die Bundesregierung keinerlei Schritte unternimmt, um die Zerstörung dieser wichtigen Lebensadern aufzuklären, sorgt sie nun dafür, dass nie wieder Gas durch die Pipelines fließt, ganz im Sinne unserer „Freunde“ aus Übersee.

Man könnte meinen, dass die Richtlinienkompetenz für deutsche Politik nicht beim Deutschen Bundeskanzler, sondern beim Präsidenten der Vereinigten Staaten liegt.

Die FDP nickt als Verräter der Freiheit alles ab. Aber was macht die CDU? Nichts, sie weigert sich sogar, nach Bekanntwerden dieses unerhörten Skandals, wenigstens eine öffentliche Anhörung zu fordern. Sie trägt diesen Weg in den Sozialismus mit, sie bietet der Regierung „konstruktive“ Gespräche an, für den Umbau unserer Gesellschaft in Richtung Staatsdirigismus à la China.

Die AfD ist die einzige Partei, die sich dieser Entwicklung konsequent entgegenstellt.

*Karsten Hilse, MdB
Klimapolitischer Sprecher der AfD-Bundesfraktion
Verein für Energiesicherheit*

Kernenergie – eine Alternative für Kraftwerke der Lausitz



Mit der einseitigen Ausrichtung auf Sonne, Wind und Erdgas wurde Deutschland in die Energiekrise geführt. Die Energiepreise erhöhen sich drastisch.

Für viele Bürger ist dies eine starke finanzielle Belastung. Das vorgesehene Abschalten der Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen und das Festhalten am Atomausstieg verschärft weiterhin die Netz- und Versorgungsstabilität. Dazu kann die derzeitige elektrische Speicherkapazität von 37.410 MWh nur ca. 20 Minuten die vorhandene deutsche Kraftwerkskapazität von 121.296 MW ersetzen. Dieser Zustand ist nicht zu verantworten.

Nun hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 25.11.2022 den Weiterbetrieb von drei Kernkraftwerken bis 15. April 2023 beschlossen. Das betrifft die gemäß Atomgesetz vorgesehene Abschaltung der letzten 3 aktiven Kernwerke.

Sowohl die Stuttgarter Erklärung von 20 Naturwissenschaftlern, aber auch die AfD fordern den Fortbetrieb dieser grundlastfähigen Kernkraftwerke und die Errichtung weiterer Kernkraftwerke für die Energieerzeugung in Deutschland.

Unter 3 Gesichtspunkten ist die eventuelle Umrüstung vorhandener Kohlekraftwerke auf andere Energieträger zu bewerten:

1. Die Akzeptanz der Lausitzer für Kernkraft und die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen

Im November 2020 wurde vom Meinungsforschungsinstitut INSA CONSULERE GmbH eine Befragung veranlasst.

Dabei waren 63 Prozent der Befragten in der Lausitz dafür, dass in Deutschland sichere CO₂ emissions- und abfallarme Kernkraftwerke gebaut werden sollten. Nur eine Minderheit von 27 Prozent lehnt dieses Vorhaben ab.

Das Atomgesetz ist die gesetzliche Grundlage für die Nutzung der Kernenergie. Um den Fortbetrieb zu sichern, bedarf es der Aufhebung der Atomausstiegspargraphen.

Das ist eine politische Entscheidung und ist im Bundestag durchzusetzen.

2. Technische Überlegungen

Zweckmäßig kann die Möglichkeit der Verwendung der vorhandenen Infrastruktur sein; wie u.a.:

- die Verteilung des Stroms der am Kraftwerkstandort bereits vorhandenen Umspannwerke und Hoch- und Mittelspannungsleitungen
- die Nutzung von bereits vorhandenen Bürogebäuden, Lagerflächen etc.

3. Technische Bewertung zum Betrieb von Kernkraftwerken

Dies bedarf einer komplexen und umfangreichen Bewertung und kann hier nur am Rande erwähnt werden. In den USA wurde eine Studie für das US-Department of Energy vom 13. September 2022 erarbeitet, die sich mit den Nutzungsmöglichkeiten alter Kohlekraftwerk-Standorte und mit dem Bau von neuen Kernkraftwerken beschäftigt.

Voraussetzung ist aber auch, dass die LEAG bereit ist, die Investitionen zur Umrüstung der konventionellen Kraftwerke in eine Kernkrafttechnologie vorzunehmen. Desweiteren gilt es zu ermitteln, ob die vorhandene Kühlleistung bestehender alter Kohlekraftwerk-Standorte für die Errichtung neuer Kernkraftwerke ausreicht und durch wen die Planung erfolgen soll.

Heute kann man schon sagen, dass die bereitgestellte Wassermenge für die Kühlung der vorhandenen Kohlekraftwerke in der Lausitz nicht für die derzeitige Kernreakorteknik ausreicht.

Für die nahe Zukunft der Lausitz sollte der Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke unter Umständen mit der CCS-Technologie betrieben werden.

Dipl.-Chem. Ing. Gundolf Göbel
Stadtrat der Stadt Wilthen
UBFA Kernenergie

Windräder – Beitrag zur Energiesicherheit?

Wenn man heutzutage über die Landstraßen fährt, kann man sich nicht mehr so an der Natur erfreuen. Die Sicht wird mehr und mehr mit immer größeren Windkraftanlagen versperrt. Grund genug, einmal genauer hinzuschauen.

28.000 größere Windkraftanlagen sind derzeit auf deutschem Boden in Betrieb. Wie viele davon „rentabel“ sind, weiß niemand. Eine Studie von NZZ zeigt: Knapp ein Viertel der untersuchten Windräder hat einen Kapazitätsfaktor von weniger als 20%. In Deutschlands nördlichstem Bundesland Schleswig-Holstein liegt die Auslastung im Schnitt bei 31%, im windarmen Baden-Württemberg bei nur 17%. Dort gibt es auch deutlich weniger Anlagen als im Norden. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Auslastung 24%. Trotz dieser gewaltigen Unterschiede müssen bis Ende 2023 alle Bundesländer 2% ihrer Fläche für Windkraft reservieren. Ob sich für die Flächen auch Investoren finden, die ohne staatliche Subventionen auskommen?

Landkreis Bautzen

Im Umkreis von 50 Kilometern um die Stadt Bautzen gibt es 44 Windkraftturbinen. Diese sind im Durchschnitt 16 Jahre alt, deren Auslastung liegt bei ca. 21% (Studie NZZ). Im ganzen Landkreis Bautzen sind es 89 Windenergieanlagen (Anfrage Drs. 7/9356). Die älteste 85m hohe Anlage in Hochkirch, ist bereits 27 Jahre alt. Die mit 179m höchste Anlage steht in Elstra.

Allein die Kosten bei der Erzeugung der Windkraft liegen im Durchschnitt bei 30 Cent/kWh. Zum Vergleich: Kernenergie kostet bis zu 4 Cent/kWh, Wasserkraft 3 bis 15 Cent/kWh. Die Herstellungskosten sind mit ca. 40 Cent/kWh bei Photovoltaik und Solar sogar noch höher.

Keine Energiegewinnungsart tötet jährlich mehr Vögel oder Insekten als die Windkraft. Auch hörbare Geräusche zuzüglich zum Infraschall, auf welche viele Menschen sehr sensibel reagieren und auch zum Teil krank werden, sollen nicht unerwähnt bleiben. Das Recycling ist zudem teuer und teilweise überhaupt nicht gesichert.

Windräder gehören weder zu unserer Landschaft, noch sind sie eine sichere Energiequelle.

Timo Schreyer, Mdl



Schamlos!

Bei aller „Klima-Kleberei“: Politiker sind heutzutage die größten „Klebe-Aktivist“en. Sie kleben schamlos an ihren Ämtern, selbst bei nachweislichem Versagen.

So auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Er gibt inzwischen offen zu, dass seine falsche Politik „sehr, sehr viele Ungerechtigkeiten“ hervorgebracht hat und hofft auf das Verständnis und noch mehr, auf die Vergesslichkeit der Bürger. Wir können jedoch die Ausschaltung zahlreicher Grundrechte im unnötigen Corona-Ausnahmestand erst zu den Akten legen, wenn die dafür Verantwortlichen keinen weiteren Schaden anrichten können.

Erinnern wir uns: Er wolle die „Menschen so weit wie möglich isolieren“, posaunte Maßnahmen-Hardliner Kretschmer heraus. Kinder und Familien dürften sich „nicht begegnen“. Wer trotz Corona auf „Spielplätze“ oder in „Parks“ gehe, zeige sich „unsolidarisch“.

Bezeichnete Kretschmer anfangs einen angeblich geplanten „Impfzwang“ als „Unfug“, „absurd“ oder eine „Verschwörungstheorie“, so zählte er dann später zu den größten Impfzwang-Verfechtern. „Impfen ist Nächstenliebe“. Wer dabei nicht mitmache, müsse mit Grundrechtseinschränkungen rechnen. So sei das nun einmal in einem „Rechtsstaat“.

Alle diese Zitate sind dokumentiert. Ich persönlich empfinde diese politischen Allmachtsphantasien als menschenfeindlich. Und so sah seine Politik auch aus:

Es gab Zeiten, in denen Versammlungen auf zehn Personen beschränkt waren. Nirgends sonst in Deutschland gab es derart offensichtliche Verstöße gegen das Grundgesetz.

Als einzige Partei haben wir darauf im Sächsischen Landtag immer und immer wieder hingewiesen. Kretschmer nannte das eine „Verhöhnung der Menschen, die an Corona gestorben sind“. Weil die AfD den „Endlos-Lockdown“ aufheben wollte, betreibe sie „unsägliches Populismus“ und werfe „mit vielen Fehlinformationen um sich“.

Fehlinformationen verbreitete der Ministerpräsident allerdings selbst: So verkündete er, dass Kinder einen „größeren Beitrag“ zur Pandemie geleistet hätten als andere Menschen. Auf Grundlage dieser – mittlerweile widerlegten - „Fake News“ mussten wir uns im Landtag von Kretschmer vorwerfen lassen, „die Stimmung in diesem Land“ zu verderben und „Corona zu leugnen“. Womit wir „einen großen Schaden provoziert“ hätten.

Unverschämter ging es nicht - verursachte doch die Regierung allein milliardenschwere ökonomische Schäden. Einzelhändler und Gastronomen beispielsweise wurden zwei Jahre lang mit ständig neuen Vorschriften schikaniert. Viele gaben auf.

Auch medizinisch betrachtet, war die Corona-Politik nachweisbar falsch. Die gesundheitlichen Kollateralschäden durch die soziale Isolation überwiegen den in Aussicht gestellten Nutzen. Hauptopfer sind unsere Kinder. Das in der Schule Verpasste, lässt sich nicht aufholen. Gilt höhere Bildung als Basis besserer Lebensqualität, so vermindert weniger Bildung diese. Genau das ist eingetreten. Wissenschaftler haben schon frühzeitig die verheerenden Konsequenzen der Corona-Maßnahmen am Beispiel verllorener Lebenszeit errechnet.

Diese alarmierenden Studien sollten auch der Sächsischen Staatskanzlei vorgelegen haben. Herr Kretschmer muss daher von Anfang an gewusst haben, welchen Schaden er anrichtet. In früheren Zeiten wäre das durchaus ein Rücktrittsgrund gewesen.

Jörg Urban,
Landesvorsitzender der AfD Sachsen

Goldene Milliarde

Als sich im 13. Jahrhundert, nach dem sogenannten Mongolensturm, die Goldene Horde anschickte, den Kiewer Rus zu unterwerfen, begann im Mitteleuropa gerade die Zeit der Gotik. Eine Epoche des unglaublichen Aufschwungs von Wissenschaft, Kultur und Baukunst im Westen des Eurasischen Kontinents, dessen Früchte wir Heutigen in unseren Reisen durch Mitteleuropa nur mit ehrfürchtigem Staunen bewundern können.

Die Rus hatte ihre erste Blütezeit im 8. und 9. Jahrhundert bereits hinter sich. Die „rudernden“ Waräger oder Wikinger, jedenfalls Nordgermanen, waren über die Ostsee, den Ladogasee und die Wolga bis zum Schwarzen Meer vorgedrungen und hatten die menschenleeren Gebiete westlich des Uralgebirges in Besitz genommen und ihre Fürstentümer rund um Jaroslawl und Kiew errichtet.

Dann kam mit Dschingis Khan der Mongolensturm und die Rus wurde den Khans für lange Zeit tributpflichtig. Das Khanat der mongolischen Goldenen Horde war das landflächenmäßig größte Reich, das es vor den britischen oder spanischen Weltreichen jemals gegeben hatte. Großfürst Jaroslaw von Wladimir musste nach der Aufgabe von Kiew im Jahre 1240 Tribut an Batu Khan, einen Enkel von Dschingis Kahn, zahlen und, wie die russischen Fürsten Romanowitsch von Galizien oder Alexander Newski, den Mongolen regelmäßig Unterwerfung bezeugen, um die Bestätigung ihrer Titel und Lokalherrschaft zu erhalten. Die russischen Großfürsten pilgerten fast 250 Jahre lang regelmäßig nach Sarai, der Hauptstadt der Mongolen, um in ihren jeweiligen Ämtern und „Würden“ bleiben zu dürfen.

Wir Deutschen, als ehemalige germanische Volksstämme, ehemalige Bürger des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“, Bürger des 2. Deutschen Reiches usw. usf., waren während und nach dem zweiten Dreißigjährigen Krieg, den die Menschheit in der Zeit zwischen 1914 und 1945 betrieb, Mitglied der „Goldenen Milliarde“ der Anglozionisten, die diesen Krieg gewannen. Der „kollektive Westen“ dominierte die Welt.

Jetzt geht die Zeit, in welcher sich diese Horde über die „restlichen“ 7 (sieben) Milliarden Menschen erhoben hat, vorbei. Für uns hier unten ist es egal, ob wir Nutznießer oder Sklaven dieser „Goldenen Milliarde“ gewesen sind...

Christian Schultze

Spendenkonto:

Alternative für
Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband Bautzen Spende

Impressum:

Alternative
für
Deutschland

Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Frank Peschel
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda

Asylheim Kühnicht – Die Verantwortung liegt jetzt in den Händen des Landkreises

Zuerst wollte man das Vorhaben, frei nach dem Motto: „Mal sehen, was passiert“, still umsetzen. Im Vorfeld wurden weder die Stadträte, noch die Anwohner informiert oder in der Sache eingebunden. Dass die Bürger eine Unterschriftensammlung ins Leben riefen, an der auch ich mich beteiligte, lag der Verwaltung natürlich dann schwer im Magen. Die Unterstützerliste wäre für alle betreffenden Bürger sehr interessant nachzulesen. Erst nachdem die Initiative gestartet wurde, reagierte die Stadt, machte einen Rückzieher und stellte den Standort in Frage. Nun liegt die Verantwortlichkeit wieder beim Landkreis Bautzen. Dieser wiederum lagert das Problem weiter um und schiebt die Verantwortung auf die Landesebene nach Dresden, setzt aber gleichzeitig die Unterbringung im Kreis weiter durch. Die Kreisräte haben laut Pressemitteilung in der kommenden Sitzung nun zwei Möglichkeiten: Entweder die Flüchtlinge ziehen nach Kühnicht, oder es werden abermals Sporthallen für diese in Anspruch genommen. Der Eilantrag, der im Oktober 2022 von der AfD – Fraktion im Kreistag Bautzen

gestellt wurde und in welchem gefordert wurde, dass der Landkreis sich für einen sofortigen Aufnahmestopp einsetzen sollte, wurde natürlich abgelehnt. In diesem Zusammenhang sei vielleicht auch noch einmal erwähnt, dass im Landtag politische Vertreter der Parteien sitzen und in Regierungsverantwortung stehen, welche ebenfalls auf kommunaler Ebene in Stadt und Kreis agieren.

Zu einem zweiten Gespräch, wo der Bürger eventuell kosmetische Veränderungen wie etwa eine ausgeprägte Straßenbeleuchtung einbringen kann, sollte es laut Landkreis kommen, wenn der zukünftige Betreiber feststeht. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit wird dieser jedoch wohl höchstwahrscheinlich wieder von der AWO gestellt werden. Bei der aktuell hohen Zuteilungsquote des Landes darf man davon ausgehen, dass der Gebäudekomplex auf der Dillinger Str. 4-6 wohl dann das vierte Heim werden könnte. Was man jedoch noch zwischen den Zeilen der Statements des Landkreises lesen kann ist, dass es wohl viele der Asylanten, genauso wie viele unserer Jugendlichen, aus dem

ländlichen Raum und auch aus der Stadt Hoyerswerda im späteren Verlauf in die Großstädte wie z.B. Dresden zieht.

Wir unterstützen auch weiterhin die Kühnichter Bürger.

Wir wollen kein zweites 2015 oder noch schlimmere Zustände, weder in unserer Stadt, noch im gesamten Land!

Doreen Schwietzer, Mdl



Antrag zu Asyl- und Migration im Landkreis Bautzen

Sehr geehrter Herr Landrat,

Deutschland und damit auch der Landkreis Bautzen, ist eine von großer Hilfsbereitschaft geprägte Region. Aber auch den hiesigen Kapazitäten zur Flüchtlingsaufnahme und -betreuung sind natürliche Grenzen gesetzt.

Es ist daher sowohl zur Wahrung der Interessen der einheimischen Bevölkerung und deren Hilfsbereitschaft, als auch für eine gebotene und effektive Hilfe geflohener Kriegsflüchtlinge unabdingbar, dass unsere Hilfe und damit verbundene Ressourcen ausschließlich für diejenigen Personen Verwendung finden, die tatsächlich vor Krieg und Vertreibung fliehen, also als politisch Verfolgte und Schutzbedürftige im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden.

Um unsere Hilfen im Rahmen des Asylrechts auch dauerhaft aufrecht halten zu können, ist es somit erforderlich, dass zwingend danach differenziert wird, ob jemand vor Krieg und Vertreibung zu uns flieht, also einen echten Asylgrund hat, oder aus rein

wirtschaftlichen Gründen zu uns kommt und damit eben kein Recht auf Asyl und damit Aufenthalt in unserem Land hat.

Vor diesem Hintergrund ist es für die AfD-Fraktion zwingend geboten, dass die im Landkreis Bautzen vorhandenen Kapazitäten zur Flüchtlingsaufnahme und -betreuung fortan auch dort gebündelt werden, wo sie tatsächlichen Kriegsflüchtlingen auf unserem Kontinent und nicht **Wirtschaftsmigranten aus aller Welt zugutekommen**.

Damit den „**wirklich aus einem Kriegsgebiet vertriebenen Menschen**“ auch im Landkreis Bautzen effektiv und so lange wie erforderlich geholfen werden kann, muss jetzt von der Politik und der Kreisverwaltung entschieden gehandelt werden. Die AfD Kreistagsfraktion beantragt deshalb den Beschluss des Kreistages über folgende **zwei Sofortmaßnahmen**:

1. In unserem Landkreis Bautzen sind allein, per 31.08.2022, insgesamt 764 Personen registriert, die weder als Verfolgte noch als Schutzbedürftige anerkannt sind, aber dennoch von der Ausländerbehörde des

Kreises „geduldet“ werden. Obwohl keine Asylgründe vorliegen, erhalten auch diese Personen umfassende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Eine geduldete Person kostet den Steuerzahler durchschnittlich 12.000 Euro pro Jahr. Somit liegt die Gesamtbelastung für die steuerzahlende Bevölkerung im Kreis bei rd. 9,2 Mio. Euro – Tendenz stark steigend, da die Zahl der „Geduldeten“ ständig ansteigt, weil die gesetzlich eigentlich gebotenen Abschiebungen nicht durchgeführt werden. Nach Auffassung der AfD-Fraktion ist es weder den tatsächlich Schutzbedürftigen noch dem einheimischen Steuerzahler vermittelbar, weshalb jährlich 9,2 Mio. Euro für Personen ausgegeben werden sollen, die nach geltendem Gesetz kein Recht darauf haben, sich in Deutschland aufzuhalten. Die AfD-Fraktion fordert deshalb die Anwendung geltenden Rechts und beantragt, dass der Kreistag die zuständige Ausländerbehörde des Kreises damit beauftragt, die aktuellen Aufenthaltstitel der 764 Personen einer kritischen Prüfung zu unterziehen, sich aktiv dafür einzusetzen, bestehende Abschiebehindernisse zu

beseitigen und/oder sich auf höherer Ebene für eine Beseitigung dieser stark zu machen.

- Darüber hinaus beantragt die AfD, dass der Landkreis Bautzen seine Leistungen auf diejenigen Menschen konzentriert und beschränkt, die als Kriegsflüchtlinge oder als politisch Verfolgte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden. Für Personen, die keinen anerkannten Asylstatus haben, sollen die Integrationshilfen bis auf wenige begründete Ausnahmefälle, wie beispielsweise die Vermittlung eines vorübergehenden Schulplatzes für schulpflichtige Kinder, beschränkt werden.

*Henry Nitzsche
Vorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion*



12.1.2023 - 19⁰⁰ Uhr

Gaststätte Sachsenkrone
Poststr. 1b
01896 Ohorn

**UNSER LAND
ZUERST!**

Thema des Abends:

**Krieg gegen das
eigene Volk?**

**Ausplünderung!
Energiekrise!
Wirtschaftskrise!
Inflation!**



Wie die Altparteien
unser Land zerstören....

Ist Deutschland souverän?



Zwei alte Bekannte, Herr A. und Herr G., treffen sich zufällig.

Herr G. sagt, dass er sich immer wieder freut, wie frei Deutschland in der Welt agieren kann. Keiner redet rein.

Mit solch einer Feststellung sollte man vorsichtig sein, entgegnet Herr A. Es gibt wichtige Aussagen, die dagegen sprechen.

In seinem Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft.“ erklärt der ehemalige US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski: Deutschland ist ein amerikanisches Protektorat und ein tributpflichtiger Vasallenstaat.

Die zweite Aussage stammt vom US-Präsidenten Obama auf der US- Air Base Ramstein 2009: Deutschland ist ein besetztes Land und wird es auch bleiben.

Wolfgang Schäuble, Finanzminister der Regierung Merkel, machte auf dem European Banking Congress 2011 in Frankfurt am Main folgende Ausführung: Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.

Brauchen Sie mehr Beweise? Gern.

Der Abgeordnete Ströbele fragte 2009 im Bundestag: Hat nach 1949 ein geheimer Staatsvertrag zwischen der Regierung der Bundesrepublik und den Alliierten existiert, den die Kanzler vor ihrem Amtseid

unterzeichnen sollten? Die richtige Antwort gibt Egon Bahr 2011 in der Zeitung „Junge Freiheit“: In der „Zeit“ von 2009 habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt „drei Briefe“ an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie die Artikel des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden. Willy Brandt war empört, musste sich aber von den Alliierten belehren lassen, dass schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger. Damit sind seit 1949 „Geheime Staatsverträge“ oder Zusatzvereinbarungen mit den Alliierten getroffen worden, welche die Souveränität Deutschlands außer Kraft setzen. Dasselbe geschah wieder mit der Vereinbarung von 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten. Deutschland ist also nicht souverän. „Oh!“ sagte Herr G. und erlebte. (nach Bertolt Brecht)

unterzeichnen sollten? Die richtige Antwort gibt Egon Bahr 2011 in der Zeitung „Junge Freiheit“: In der „Zeit“ von 2009 habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt „drei Briefe“ an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie die Artikel des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden. Willy Brandt war empört, musste sich aber von den Alliierten belehren lassen, dass schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger. Damit sind seit 1949 „Geheime Staatsverträge“ oder Zusatzvereinbarungen mit den Alliierten getroffen worden, welche die Souveränität Deutschlands außer Kraft setzen. Dasselbe geschah wieder mit der Vereinbarung von 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten. Deutschland ist also nicht souverän.

„Oh!“ sagte Herr G. und erlebte. (nach Bertolt Brecht)

Jürgen Mädler

Jahresrückblick der Jungen Alternative Oberlausitz

Das Jahr 2022 war für uns sehr erfolgreich. Wir haben unseren Landratskandidaten Frank Peschel tatkräftig beim Wahlkampf unterstützt und auch außerhalb des Wahlkampfes hatten wir eine Vielzahl von Infoständen. Eine Winnetou-Banneraktion mit der AfD Bautzen und zwei Schilderaktionen, bezüglich der hohen Tankpreise und der Waffenlieferungen mit dem Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse, sorgten für Aufsehen.

Neben der politischen Arbeit kam aber auch die Gemeinschaft bei uns nicht zu kurz. Wir veranstalteten Wanderungen, einen Kegelabend, einen Spieleabend und vieles mehr. Der Höhepunkt waren zwei JA-Wochenenden im Landkreis Bautzen,

bei denen wir uns zu Fortbildungen, Lagerfeuer und Aktionen trafen.

Im Dezember sind noch ein gemeinsamer Weihnachtsmarktbummel und eine Weihnachtsfeier geplant. Wenn du vorbeikommen möchtest melde dich einfach unter: info@ja-sachsen.de

*Nicole Tietze,
Junge Alternative Oberlausitz*





Mit flüssigem Sonnenschein startete unsere Gruppe von Bautzen aus zu einer Führung durch die privat geleitete Landskronbrauerei in Görlitz. Im Besucherzentrum, in welchem der Bierinteressierte neben dem labenden Hopfentrunke alles an Produkten aus der Region kaufen kann, von

sächsischer Schokolade über sächsischen Whiskey bis hin zu Herrnhuter Sternen, trafen wir uns mit Görlitzer Freunden. Sachkundig wurden wir durch verschiedene Gebäude geführt, Mitte des 19. Jahrhunderts und in den Jahren des ersten Weltkrieges erbaut.

2019 konnte das Unternehmen sein 150. Jubiläum feiern.

Die bewegte und bewegende Geschichte bitte ich den geneigten Leser einmal selbst zu erkunden. Nach ausführlichen und sachkundigen Ausführungen zum Prozeß des Bierbrauens, begaben wir uns in die unterirdischen Lagerkeller. 18m unter der Erde erstrecken sich über 4000 qm 176 Lagertanks. Ein paar unverwüthliche Exemplare aus dem VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale sind ganz ohne Hexenwerk immer noch im Einsatz! In 5-12 Wochen erreicht das Jungbier so seine volle Reife. Hier ließ sich nach dem heißen Herbst (oben strahlte wieder die Sonne) eine Vorahnung des arktisch kalten Winters erspüren. Und der Bierdurst wuchs. Jetzt aber "Türe zu" wie es auf einem alten Schild stand und wieder 72 Stufen nach oben in den Flaschenkeller. 20.000 Flaschen/h, das entspricht 1000 Kästen/h werden hier vom Flaschensortie-

rer bis zum Flaschenausrichter versandfertig hergerichtet. Unglaublich beeindruckend, wie viele Arbeitsschritte nötig sind! Die ehemalige Direktorenvilla ist mit feinen Holzvertäfelungen ausgestattet. An den Wänden im Übergang zum Verwaltungsgebäude finden sich Bilderrahmen mit den Fotos aller Angestellten vom Braumeister bis zum einfachen Arbeiter, von den Anfängen der Brauerei bis heute. Was für eine Wertschätzung jedes Einzelnen! „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis.“ Das schrieb man anno 1928. Wir speisten in einem der ehemaligen Wohnräume und konnten uns endlich nach Herzenslust durch 12 verschiedene Biersorten kosten. Dazu gab es als Grundlage einen guten Braten, natürlich in Schwarzbiersoße. Bevor der Hopfen seine einschläfernde Wirkung zeigen konnte, sangen wir zum Abschied das Oberlausitzlied. „Was heute nicht geschieht, ist morgen nicht getan.“ So steht es auf dem Glasfensterbild in der Direktorenvilla. Welche Hefe braucht es, um unser Land endlich vollständig aufzuschäumen und in stürmische Gärung zu versetzen?

PROST Landskron!

Carla Nicholson



Kegelabend der Jungen Alternative Oberlausitz

Unter dem Motto: „Spiel, Spaß und Politik“, trafen sich 14 Jugendliche am 29.10. in Königswartha zum gemeinsamen Kegelabend. Es gab mehrere kleine Kegelspiele, bei denen der Spaß nicht zu kurz kam. An politischen Gesprächen unter gleichgesinnten Jugendlichen mangelte es ebenso nicht. Sei auch du beim nächsten Kegel- oder Bowlingabend der Jungen Alternative Oberlausitz dabei und lerne uns kennen.

Nicole Tietze, Junge Alternative Oberlausitz

Parlamentarischer Frauenabend in Dresden

Am 14.11. folgten einige Frauen aus unserem Kreisverband der Einladung zum Parlamentarischen Abend der Abgeordneten Martina Jost in den Sächsischen Landtag. Neben verschiedenen Vorträgen und einem Imbiss, gab es interessante Kurzvorträge und Diskussionen zu den Themen Familienpolitik, Gender und Bildung. Wir Frauen waren uns dabei einig, dass es nur zwei Geschlechter gibt, dass das traditionelle Familienbild erhalten werden soll, und dass Genderideologie nichts in Schulbüchern verloren hat.

Nicole Tietze, Junge Alternative Oberlausitz

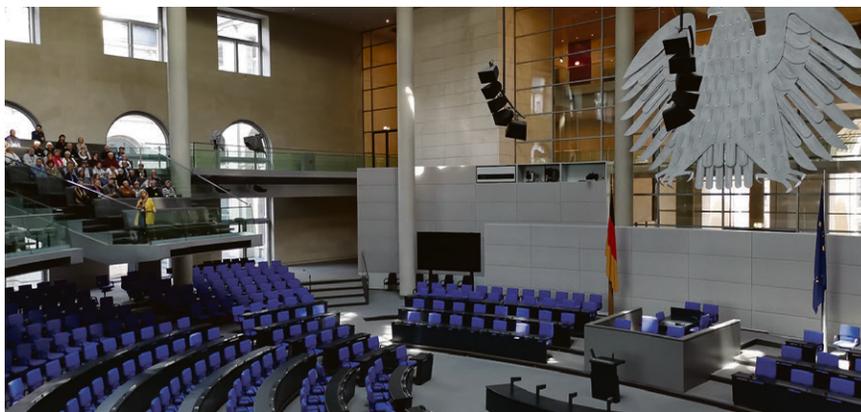


Tage im November

Für den 3. und 4. November dieses Jahres hatte Karsten Hilse, unser Bundestagsabgeordneter, der zweimal hintereinander ein Direktmandat für die AfD erkämpft hat, zu einem Besuch unseres Bundestages und der deutschen Hauptstadt eingeladen.

31 politisch interessierte Menschen aus seinem Bautzener Wahlkreis machten sich am frühen Donnerstag in einem komfortablen Reisebus auf den Weg nach Berlin, um seinen dortigen Arbeitsplatz und die heutige Umgebung unserer Regierung und Volksvertreter zu inspizieren. Schöner Nebeneffekt dieser Reise für uns Politikinteressierte war, dass wir einen Teil unserer reichlich gezahlten Steuern auf diese Weise zurückerstattet bekamen, denn Fahrt, Unterkunft, Verpflegung und die äußerst kompetente Reisebegleitung durch Herrn Thomas Luckow waren für uns frei (sic!).

Die Sängerinnen und Sänger der Bautzener Liedertafel verkürzten uns mit ihren Einlagen die Fahrt und kaum, dass wir uns versahen, waren wir nach kurzer Sicherheitskontrolle auch schon im neuen, grandiosen Plenarsaal des altehrwürdigen Reichstagsgebäu-



des, in welchem wir einen Vortrag über die Schönheit der Innenarchitektur -vom englischen Architekten Norman Foster - und unserer in jeder Hinsicht repräsentativen Demokratie hören durften.

Nach dem Mittagessen folgte der erste Teil einer Stadtbesichtigungsfahrt.

Dem Autor dieser Zeilen ereilten während dieser Nachmittagsrunde und besonders beim Besuch des „Tränenpalastes“ Erinnerungen aus den Novembertagen vor genau 33 Jahren. Im Gefolge der Erschütterungen des 40. Jahrestages der DDR konnte er am 4. November an der großen Freiheitsdemo auf dem Alexanderplatz teilnehmen, auf der neben den „Bürgerbewegten“ auch langjährige Geheimrepräsentanten des DDR-Staates, wie der pensionierte Stasi-Ge-

neral Markus Wolf, zu Wort kamen...

Diesmal war der 4. November ein Freitag und wir absolvierten am Vormittag den zweiten Teil unserer Stadtrundfahrt, die am Schloss Charlottenburg begann und mit Abstechern über den Kuhdamm, in das KaDeWe und das neue Humboldtforum - das frühere Stadtschloss - in das ehemalige Stasihauptquartier in der Normannenstraße führte.

Möglicherweise hatten bei der Besichtigung des nunmehrigen Museums die Teilnehmer unserer „Expedition“ nicht nur zuweilen eine Gänsehaut, sondern auch diverse Erinnerungen an jene Tage im November 1989, als schließlich am Donnerstag, dem 9.11., die Mauer fiel und damit nicht nur der Zusammenbruch des DDR-Staates, sondern auch der großen Sowjetunion eingeleitet wurde.

Tage im November – auch heutzutage mit Spannung geladen ...

Christian Schultze

Lesen Sie dazu auch in meinem Buch „Morgensrosa“ oder meine Kolumnen und Glosse bei www.cfschultze.de

Totgesagte leben länger

Eines der skurrilsten und unerträglichsten linken Bautzener Projekte, das Zentrum „Thespi“, wurde wieder auferweckt wie seinerzeit der biblische Lazarus. Der komatöse soziotheatralische Zustand ließ sich ehemals nur durch finanzielle Spritzen der „Bundeszentrale für politische Bildung“ qualvoll verlängern. Theaterintendant Hillmann und sein Thespi-Spezl für angesagte (woke) Einträglichkeit wollten ein großes Ukraineding drehen. Indes, der Finanzausschuß der Stadt winkte es nicht durch. Ganz demokratisch, nach den Vorgaben der Gemeindeordnung kam der ablehnende Beschluß zustande. Aus linker Sicht eine fatale Entscheidung. Das Ding abzublasen, ist für den Theaterintendanten daher keine Option. Sein Ideologietheater läßt er sich nicht von ein paar demokratisch gewählten Stadträten nehmen. Es muß erneut abgestimmt werden und Hillmann gibt sich öffentlich optimistisch: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Stadtrat das dann noch ablehnen wird.“ Wieder ein Beispiel für die Gutsherrenarroganz der Bessermenschen, die sich einen Dreck um demokratische Spielregeln scheren, wenn es um ihre eigenen Anliegen geht.

Man erinnert sich an das Bismarckdenkmal auf dem Czorneboh: Die Stadträte im zuständigen städtischen Ausschuß stimmten der Wiederherstellung des Denkmals zu. Dieser Beschluß paßte den linken Ideologen und den vor ihre Karre gespannten sorbischen Funktionären nicht. Eine erneute Abstimmung brachte das gewünschte Ergebnis. So marschieren die zivilgesellschaftlichen Wächterräte im knallharten Stechschritt durch unsere Demokratie und höhnen sie mehr und mehr aus.

Peter Schulze, Kreisrat AfD-Fraktion



21.06.2020, Thespi beim öffentlichen Auftanz

Bizarrerie im Dom



Im Bautzener Dom St. Petri gibt es ein neues „Format“ - BAUTZENER REDEN. Man könnte allerdings auch über die realen Probleme mit den verzweifelten Menschen montags auf dem Kornmarkt reden. Doch das will keiner. Erster Dom-Redner war ein Minister aus der demokratisch nicht legitimierten Thüringer Regierung des Kommunisten Ramelow. Einen weiteren Auftritt bekommt die Waffenlobbyistin und Kriegstreiberin Strack-Zimmermann von der FDP. Von ihr kennt man den Ausspruch: „Ich bin gut für den Volksturm. Und dann, Leute – vor allem Russen – passt auf, was Sache ist!“. Offenbar stört

sich keiner der CDU-Stadtrats-Veranstalter und der Kirchenleute daran. Im Gegenteil, Mitinitiator Schleppers sagte über die geplanten Redner öffentlich: „Wir haben uns die Leute ganz bewusst ausgesucht“. Die Veranstaltung BAUTZENER REDEN ist ein „Format“ wie bei den Jusos oder der Grünen Jugend: Ideologische Ramschware zum Schleuderpreis. Vermutlich möchten die Veranstalter um Gottes Willen keine Glaubenssubstanz mehr in der Kirche haben. In der gefühlten Mehrheit der guten Fortschrittlichen im Wohlfühl-dom will man die woke Bautzener Realität „formatieren“, weit weg von der „Straße“, von den Antidemokraten, den Rechten, den Populisten, Friedensfreunden und Extremisten. Gut wäre es, wenn 1000 Leute von der Straße mit Fahnen, Plakaten und Trommeln zum REDEN in den Dom kämen. 1989 hätte man sie in der Kirche herzlich aufgenommen. Damals standen Pfarrer und Kirchenleitung auf deren Seite und vertrauten auf Gottes Hilfe. Historische Stetigkeit zeigt sich indes bei der Beschwörung der Demokratie durch deren Verächter. Der erste REDNER verstieg sich zu der Behauptung, daß man bei den Montagsprotesten Leuten hinterherlaufe, „die darauf abzielen, die Demokratie abschaffen zu wollen“. Das „Format“ wird durch das Bundesprogramm „Partnerschaften für Demokratie“ finanziell gefördert.

Peter Schulze, AfD-Kreisrat

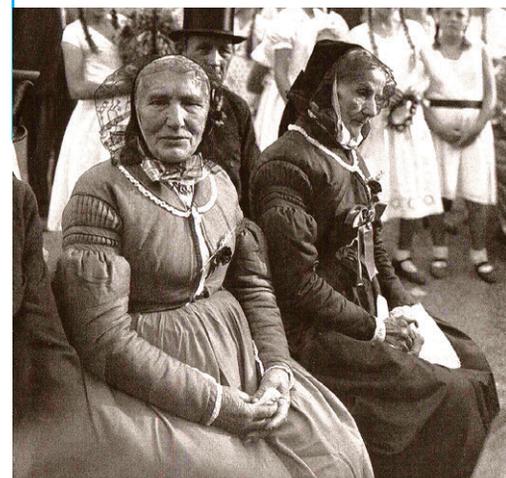


Der Spalter (šćěpjař)

Das gute Verhältnis zwischen dem deutschen und sorbischen Volk wird in jüngster Zeit durch Äußerungen eines Domowina-Funktionärs unerträglich belastet. Man fragt sich, ob er bei seinen Landsleuten bewußt Deutschenfeindlichkeit provozieren will. Jüngst sprach er die Zeit des nationalen Sozialismus an, nannte das Jahr 1937 und warf heutigen Montagsdemonstranten in Bautzen vor, daß es ihnen „an Distanz zu Kräften in Tradition dieser dunklen Vergangenheit gebricht.“ Demnach ziehen aus seiner Sicht Montag für Montag tausende Nationalsozialisten öffentlich und von der Polizei geschützt durch Bautzen. Welchem Wahn unterliegt der Mann? Will er die Sorben wieder zum „Stachel im Fleisch des deutschen Volkskörpers“ stilisieren, wie es 1937 hieß? Seine hetzerischen Äußerungen laufen genau auf jene Situation hinaus, die noch zu DDR-Zeiten der niederlausitzer Schriftsteller Erwin Strittmatter anprangerte: „Es wird keen Friede nich, zwischen Deitsch und Wendsch.“

Im Juli 1932 fand vor den Toren Bautzens eine Wahlkampfveranstaltung der NSDAP mit Adolf Hitler statt. Von den damals rund 42.000 Einwohnern der Stadt zogen 28.000 als Zuhörer hinaus zur „Hummel“. Davon gibt es Fotos. Man sieht auch Menschen in sorbischer Tracht. Der Domowina-Funktionär sollte eigentlich wissen, daß es unterschiedliche politische Meinungen in seinem Volk gab und gibt. Für NSDAP und NPD votierte man auch im Gebiet der Sorben. Linke Parteien schneiden dort traditionell schlechter ab. Das nennt man Demokratie. Und durch die Domowina fühlen sich nicht wenige Sorben überhaupt nicht vertreten. Was treibt einen solchen Scharfmacher an, unsere Völker gegeneinander auszuspielen und zu spalten? Die breithinrige sorbische Herrenreitermentalität dieses Herrn Statnik ist vielen Deutschen unerträglich geworden.

Peter Schulze, Kreisrat AfD-Fraktion



Bäuerinnen aus Retschwiß lauschen zum Erntedankfest den Worten des Führers
Zeitgenössige Abbildung mit originaler Bildunterschrift